

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 01/0388/WP18
Federführende Dienststelle: FB 01 - Fachbereich Bürger*innendialog und Verwaltungsleitung Beteiligte Dienststelle/n:		Status: öffentlich
		Datum: 25.07.2023
		Verfasser/in:
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt vom 01.03.2023 (öffentlicher Teil)		
Ziele:		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
23.08.2023	Rat der Stadt Aachen	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 01.03.2023 (öffentlicher Teil).

Sibylle Keupen
Oberbürgermeisterin

Anlage/n:

Niederschrift Rat der Stadt vom 01.03.2023 (öffentlicher Teil)

N i e d e r s c h r i f t
Sitzung des Rates der Stadt Aachen

24. Juli 2023

Sitzungstermin:	Mittwoch, 01.03.2023
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	17:55 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesende:

Oberbürgermeisterin Sibylle Keupen

Bürgermeister Norbert Plum

Bürgermeisterin Hilde Scheidt

Ratsherr Harald Baal

Ratsherr Sebastian Becker

Ratsfrau Ellen Begolli

Ratsfrau Silke Bergs

Ratsherr Marc Beus

Ratsherr Peter Blum

Ratsherr Jörg Bogoczek

Ratsfrau Franca Braun

Ratsfrau Gaby Breuer

Ratsherr Dr. Sebastian Breuer

Ratsfrau Julia Brinner

Ratsfrau Andrea Derichs

Ratsherr Hans Leo Deumens

Ratsherr Birdal Dolan

Ratsherr Mathias Dopatka

Ratsfrau Elke Eschweiler

Ratsherr Achim Ferrari
Ratsherr Wilfried Fischer
Ratsfrau Annika Fohn
Ratsfrau Ulla Griepentrog
Ratsherr Daniel Hecker
Ratsherr Wilhelm Helg
Ratsherr Johannes Hücke
Ratsherr Klaus-Dieter Jacoby
Ratsherr Holger Kiemes
Ratsfrau Nathalie Koentges
Ratsherr Boris Linden
Ratsherr Lars Lübben
Ratsfrau Iris Lürken
Ratsherr Tobias Molitor
Ratsfrau Sigrid Moselage
Ratsherr Kaj Neumann
Ratsherr Henning Nießen
Ratsherr Wolfgang Palm
Ratsfrau Daniela Parting
Ratsherr Hermann Josef Pilgram
Ratsfrau Hildegard Pitz
Ratsherr Carsten Schaadt
Ratsfrau Dr. Margrethe Schmeer
Ratsfrau Karin Schmitt-Promny
Ratsherr Tobias Benedikt Tillmann
Ratsherr Peter Tillmanns
Ratsherr Jakob von Thenen
Ratsfrau Renate Wallraff
Ratsfrau Dr. Heike Wolf
Ratsherr Sebastian Klick
Ratsfrau Doris Kurschilgen
Ratsfrau Dr. Julia Oidtmann
Ratsherr Dirk Szagunn

Abwesende:

Bürgermeister Holger Brantin	entschuldigt
Ratsherr Christoph Allemann	entschuldigt
Ratsherr Markus Mohr	entschuldigt
Ratsherr Michael Servos	entschuldigt
Ratsherr Jöran Stettner	entschuldigt
Ratsfrau Monika Annette Wenzel	entschuldigt
Ratsherr Tjark Zimmer	entschuldigt

Stimmzähler:

Bürgermeisterin Hilde Scheidt und Ratsherr Kaus-Dieter Jacoby

von der Verwaltung:

Frau Stadtdirektorin Grehling	Dezernat II
Herr Beigeordneter Brötz	Dezernat IV
Herr Beigeordneter Dr. Kremer	Dezernat V
Frau Dr. Bacher	Fachbereich Kommunikation und Stadtmarketing
Herr Berg	Fachbereich Bürger*innendialog u. Verwaltungsleitung
Frau Dr. Bollwerk	Fachbereich Recht und Versicherung
Frau Duikers	Fachbereich Bürger*innendialog u. Verwaltungsleitung
Herr Emmerich	Fachbereich Rechnungsprüfung
Frau Hennefeld	Eurogress
Herr Jonek	Dezernat II
Herr Kind	Fachbereich Finanzsteuerung
Frau Milussi	Fachbereich Bürger*innendialog u. Verwaltungsleitung
Herr Schoel	Fachbereich Finanzsteuerung
Frau Wulf	Eurogress
Herr Auler	CDU-Fraktionsgeschäftsstelle,
Frau Opitz	FDP-Fraktionsgeschäftsstelle,
Herr Teuku	DIE Zukunft-Fraktionsgeschäftsstelle
<u>als Schriftführer:</u>	
Herr Konecny	Fachbereich Bürger*innendialog u. Verwaltungsleitung

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Bestellung eines stellvertretenden Schriftführers**
Vorlage: FB 01/0342/WP18

- 3 **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner; auf die Abhaltung der Fragestunde wurde ordnungsgemäß durch Veröffentlichung der Tagesordnung der Sitzung des Rates der Stadt hingewiesen.**

- 4 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt vom 14.12.2022 (öffentlicher Teil)**
Vorlage: FB 01/0349/WP18

- 5 **Bedarfsplanung für die Kindertagesbetreuung in der Stadt Aachen für das KiTa-Jahr 2023/2024**
Vorlage: FB 45/0312/WP18

- 6 **Bebauungsplan - Philipsstraße / Lilienthalstraße -**
hier:
 1. **Aufstellungsbeschluss**
 2. **Erlass einer Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht gem. § 25 BauGB im Stadtbezirk Aachen-Mitte für den Bereich Philipsstraße / Lilienthalstraße****Vorlage: FB 61/0543/WP18**

- 7 **Bebauungsplan – Radweg „Groß Stück“ – zwischen Krefelder Straße und Grüner Weg;**
hier:
 1. **Aufhebungsbeschluss A 233**
 2. **Aufhebungsbeschluss Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht gem. § 25 BauGB im Stadtbezirk Aachen-Mitte für den Bereich zwischen Finanzamtszentrum, Am Gut Wolf und ehemaliger Bahntrasse****Vorlage: FB 61/0589/WP18**

- 8 **Umbesetzung in Ausschüssen und anderen Gremien:**
- 8.1 **Umbesetzungsantrag der Arbeitsgemeinschaft der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege StädteRegion Aachen für den Kinder- und Jugendausschuss**
Vorlage: FB 45/0328/WP18
- 9 **Anfragen:**
- 9.1 **Ratsanfragen**
Vorlage: FB 01/0345/WP18
- 9.2 **Stellungnahmen der Verwaltung zu Ratsanfragen**
Vorlage: FB 01/0348/WP18
- 10 **Ratsanträge**
- 11 **Mitteilungen der Verwaltung**
- 12 **Entsendung von Delegierten in die Verbandsversammlung des Wasserverbandes Eifel-Rur**
Vorlage: FB 20/0151/WP18

Nichtöffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der nichtöffentlichen Sitzung:**
- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt vom 14.12.2022 (nichtöffentlicher Teil):**
Vorlage: FB 01/0350/WP18

- 3 **Bericht aus der Vertretung der Stadt in Unternehmen und Einrichtungen:**
- 4 **Bürgerschaftsangelegenheiten:**
- 5 **Grundstücksangelegenheiten:**
- 6 **Personalangelegenheiten:**
- 7 **Mitteilungen der Verwaltung:**
- 8 **Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung für den Rat der Stadt Aachen gem. § 60 GO NRW vom 22.02.2023 (erstellt am 21.02.2023): Verzicht Klageerhebung Billigkeitsbescheid Stärkungspakt NRW und Erteilung Verhandlungsmandat
Vorlage: FB 20/0152/WP18**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Oberbürgermeisterin begrüßt die Anwesenden und weist darauf hin, dass TOP 10, Ratsanträge, heute entfallen könne. Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen.

zu 2 Bestellung eines stellvertretenden Schriftführers

Vorlage: FB 01/0342/WP18

Die Oberbürgermeisterin bedankt sich im Namen des Rates der Stadt bei Frau Milussi, die ab dem 15.03.2023 in Elternzeit geht. In dieser Zeit werde Herrn Konecny sie als Schriftführer vertreten.

Beschluss:

Der Rat der Stadt bestellt Herrn Daniel Konecny einstimmig zum stellvertretenden Schriftführer.

zu 3 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner; auf die Abhaltung der Fragestunde wurde ordnungsgemäß durch Veröffentlichung der Tagesordnung der Sitzung des Rates der Stadt hingewiesen.

Frau H. richtet an Ratsherrn Hecker (CDU) die Frage, ob die Möglichkeit bestünde, die Schlaglöcher auf der Reumontstraße, Höhe Schule Reumontstraße in Fahrtrichtung Südstraße, wieder in einem ordnungsgemäßen Zustand zu bringen. Weiterhin stellt Frau H die Zusatzfragen, ebenfalls an Ratsherrn Hecker (CDU) gerichtet, ob Maßnahmen ergriffen werden könnten, um das Verkehrsverhalten an der Schule auf die vorhandene 30er-Zone anzupassen.

Ratsherr Hecker (CDU) bedankt sich für die Frage. Sicher sollte es möglich sein, die Schlaglöcher zu reparieren. Aufgrund der Temperaturen sei dies momentan nicht möglich, dafür müsse es wärmer sein. Zu der in der Zusatzfrage angesprochenen Verkehrsberuhigung verweist er auf den Beschluss des Mobilitätsausschusses im letzten Jahr, wonach Schulen Anträge für Geschwindigkeitsmesstafeln stellen können. Seinem Kenntnisstand nach hätten vielen Schulen diese beantragt und er hoffe, dass diese im Laufe dieses Jahres dort aufgehängt werden können. Ratsherr Hecker (CDU) sagt zu, an der Angelegenheit dranzubleiben. Frau H. werde eine schriftliche Antwort erhalten.

Frau H. richtet an die Grüne-Fraktion die Frage, ob sie nach den heute neu gewonnenen Erkenntnissen einen Eilantrag zur Kündigung des Auftritts von Daniele Ganser im Eurogress in Erwägung ziehe und so Städten wie Nürnberg und Dortmund folgen wolle, die sich klar und parteiübergreifend positioniert hätten.

Ratsfrau Brinner (Grüne) bedankt sich für die Frage und hält fest, dass ihre Fraktion grundsätzlich die Positionen von Daniele Ganser ganz klar ablehne. Diese seien antisemitisch, dies seien Verschwörungstheorien, das sei pseudowissenschaftlich. Ihre Fraktion stelle sich ganz klar auf die Seite der Demokratinnen und Demokraten, die auch gerade vor der Tür demonstrierten. Man könne allerdings so eine Veranstaltung in Deutschland nicht generell verbieten. Das gebiete die Meinungsfreiheit. Einer solchen Veranstaltung sollte aber keine städtische Bühne geboten werden. Wenn man es nochmal machen könnte, hätte man die Veranstaltung von Anfang an nicht zugelassen. Jetzt sei es aber so, dass die Veranstaltung gebucht worden sei und der Eurogress eine Zusage erteilt habe und die Frage sei, wie man damit umgehe. Leider sei es nicht gelungen, dazu im Vorhinein einen Konsens zu finden und sich mit allen Fraktionen gemeinsam auf eine Absage zu einigen, was sie persönlich sehr schade finde

Frau H. richtet ihre Anfrage an die CDU Fraktion und möchte wissen, ob die Äußerungen von Herrn Daniele Ganser noch als freie Meinungsäußerung gelten würden oder eine Verhöhnung von 6 Mio. ermordeten Juden sei.

Ratsfrau Lürken (CDU) bedankt sich für die Frage. Das Problem an dieser Stelle sei, dass Meinung immer subjektiv sei. Meinung könne nie wahr oder unwahr sein, sondern Meinung sei eine persönliche Ansicht eines Einzelnen und deshalb sei diese Meinung auch geschützt, egal ob sie wertvoll oder wertlos, ob sie begründet oder unbegründet, ob sie rational sei oder emotional. Meinung sei immer geschützt und alle die hier im Rat sitzen, hätten sich verpflichtet, die Verfassung und Gesetze zu achten und zu

bewahren, zu schützen. Als Rat müsse man es auch ertragen und aushalten, dass Meinungen geäußert werden, die man ablehne. Dieser Rat sei nicht dafür geboren, diese Meinung zu verbieten. Dies machten das Bundesverfassungsgericht und die allgemeinen Gesetze. Was man brauche sei, dass aufgestanden werde, dass sich dagegen ausgesprochen und auch gekämpft werde, denn nur so könnten solche menschenunwürdigen, unsäglichen Meinungen auch bekämpft werden. Die Beschäftigung mit den Thesen von Herrn Ganser habe sie als Zumutung empfunden. Dies lesen zu müssen, bringe Jeden an seine Grenzen. Hier im Ratssaal stünden alle demokratischen Parteien gegen jede Form von Extremismus, gegen Rechtsextremismus, Volksverhetzung, gegen eine Verharmlosung des Holocaust und auch gegen Verschwörungstheorien. Aber die Frage sei nun, ob man die Veranstaltung absagen könne. Die Ordnungsdezernentin, Frau Stadtdirektorin Grehling, habe dazu eine Einschätzung gegeben, wonach man den geschlossenen Vertrag nicht einseitig lösen könne. Würden wir dennoch so einen Beschluss fassen, müsste die Oberbürgermeisterin ihn beanstanden. Die Äußerungen von Herrn Ganser seien furchtbar. Aber gleichwohl könne sie nicht verhindern, dass jemand 37,40 € ausgibt, um sich das anzuhören. Sie hoffe aber, dass genügend Personen da seien, die aufstehen und sagen, dass diese Äußerungen von Herrn Ganser echter Mist sind. Dies könne sie sagen, weil das von der Meinungsfreiheit gedeckt sei.

Frau S. richtet ihre Frage an die Verwaltung und fragt, wann das erste Mal der Vertrag von Herrn Ganser geprüft worden sei.

Frau Stadtdirektorin Grehling führt aus, dass dies Anfang des Jahres aufgeschlagen sei. Es sei allen lieber, wenn diese Veranstaltung nicht stattfinden würde. Dies ändere aber nichts daran, dass sie als Rechtsdezernentin nicht empfehlen könne, einen Vertrag zu brechen. Es hätte zwei verschiedene Anläufe gegeben, weil auch coronabedingt Veranstaltungen ausgefallen seien und dann nochmal eine neue Anfrage mit der entsprechenden Wertung. Beim Rechtsamt komme dies natürlich erst später an, dies verstehe sich von selber, als dann die entsprechenden Irritationen da waren.

Frau S. fragt in einer Rückfrage nach, ob es zwei voneinander unabhängige Anmeldung gegeben habe.

Frau Stadtdirektorin Grehling antwortet, dass es nach ihrem Kenntnisstand zwei Anfragen gegeben habe, mit der entsprechenden Nachbewertung.

Herr Sch. richtet seine Frage an die CDU-Fraktion und fragt, ob es regionale Teile der CDU gebe, die die Einschätzung der Aachener CDU teilen, weil sie sich dagegen ausgesprochen haben und für den Vertragsbruch. Weiterhin wird die Frage gestellt, ob die CDU-Fraktion in Aachen das verurteilte, was unter anderem in Dortmund und Nürnberg seitens der CDU gemacht worden sei.

Ratsfrau Lürken (CDU) hält fest, dass Nachfragen immer gut seien. Welche Vorgänge in Dortmund, welche Vorgänge in Kiel waren, könne sie nicht mitteilen. Ihr ginge es um Aachen und da sei die Entscheidungskompetenz hier im Stadtrat gegeben. Sie führt aus, dass Herr Sch. das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts aus dem Januar letzten Jahres kenne. Das sei eindeutig.

Herr K. richtet seine Frage an Ratsfrau Lürken (CDU) und möchte wissen, warum sich die CDU in die Diffamierungskampagne gegen Herrn Ganser, die von dem linken Lager käme, hineinziehen lasse, wenn man doch offensichtlich teilweise in der Lage sei, selbstständig zu denken.

Ratsfrau Lürken (CDU) antwortet, dass Jeder sein eigenes Gedankengut habe und wünscht Herrn K. an dieser Stelle gute Besserung.

**zu 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt vom 14.12.2022
(öffentlicher Teil)**

Vorlage: FB 01/0349/WP18

Wortmeldungen ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt genehmigt mit einer Enthaltung einstimmig die Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 14.12.2022 (öffentlicher Teil).

**zu 5 Bedarfsplanung für die Kindertagesbetreuung in der Stadt Aachen für das KiTa-Jahr
2023/2024**

Vorlage: FB 45/0312/WP18

Ratsfrau Schmitt-Promny (Grüne) hält fest, dass sie die Vorlage der Verwaltung zu diesem Tagesordnungspunkt sehr gut finde. Sie gäbe allgemein einen guten Überblick über die Fragestellungen, die mit dem Kindertagesstättenbedarfsplan anstünden. Die Grüne-Fraktion sei mit dem ganzen Bericht und der gesamten Vorlage einverstanden. Man könne aber nicht verhehlen, dass darin auch Teile vorhanden seien, über die man nicht glücklich sein könne und zwar die Tatsache, dass Karlini in Eilendorf eine U3-Gruppe schließen solle, da sie eine Betriebskita sei. Ihre Fraktion wisse, dass die Verwaltung sich sehr stark bemüht habe, aber sie fände, dass man dran bleiben solle. Man sei sich bewusst, dass noch Plätze im Ü3-Bereich fehlten, durch fehlende Rahmenbedingungen und fehlendes Fachpersonal.

Ratsherr Bogczek (Die Zukunft) dankt der Verwaltung und weist darauf hin, dass bei der Ü3- und U3-Betreuung, die prozentualen Quoten gesunken seien und dass dies im nächsten Jahr wieder erreicht würde. Er weist ferner auf die Kindertagespflege bei der U3 hin, welche als systemrelevant angesehen werde, auch im Hinblick auf den Fachkräftemangel.

Ratsherr Tillmanns (CDU) hält fest, dass die Vorlage inhaltlich gut und auch richtig dargestellt sei, wenngleich die Zahlen, die man habe, nicht gut seien. Man erlebe eine Stagnation und auch zum ersten Mal im Ü3-Bereich eine Situation, zu der gesagt werden könne, die Versorgung sei nicht ausreichend. Dies habe nichts mit der Politik, nichts mit einer schlechten Arbeit der Verwaltung zu tun. Dies habe auch nichts mit falschen Entscheidungen zu tun, die in den letzten Jahren getroffen wurden. Es sei der Situation geschuldet, die so sei, wie sie ist. Alle suchten unter dem Stichwort des Fachkräftemangels in den letzten Monaten nach Lösungen. Dies sei ein ganz schweres Geschäft und man werde in diesem Jahr Eltern vor den Kopf stoßen und um Verständnis bitten müssen, für eine Situation, in der nicht jedes Kind einen Platz fände. Es sei wichtig, dies einmal zu sagen und gleichwohl hätten alle die Hoffnung, dass die Situation in den nächsten Jahren besser würde.

Ratsherr Tillmann (SPD) dankt den Vorrednerinnen und Vorrednern sowie der Verwaltung. Selbstverständlich werde man der Bedarfsplanung zustimmen, aber man könne nicht mit allem zufrieden sein. Rat und Ausschuss hätten noch Hausaufgaben zu bearbeiten: Der Fachkräftemangel, die Corona-Folgen, die fehlenden oder jetzt noch anstehenden, ausstehenden Neubauten, natürlich auch die Sicherstellung einer Qualität der Betreuung. Dies seien alles große Aufgaben und die müsse man jetzt gemeinsam mit dem Land etc. angehen. Nichtsdestotrotz sei es eine sehr gute Vorlage, eine sehr gute Planung und dementsprechend werde die SPD-Fraktion dem natürlich auch zustimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen beschließt mit einer Enthaltung einstimmig

1. die vorgelegte Bedarfsplanung für die Kindertagesbetreuung 2023/2024 und des damit verbundenen Platzangebotes für ü3-Kinder im Umfang von 6.303 Plätzen und für U3-Kinder im Umfang von 2.206 Plätzen in KiBiz-geförderten Kindertageseinrichtungen,
2. zur Abdeckung unvorhergesehener Bedarfe die Anmeldung einer „Not-KiTa“ zur Landesförderung mit insgesamt 100 Plätzen (60 in Gruppenform III c und 40 in Gruppenform I c) in Trägerschaft eines „anderen Trägers“, sowie
3. ein Angebot von 700 Betreuungsplätzen in Kindertagespflege.

zu 6 Bebauungsplan - Philipsstraße / Lilienthalstraße -

hier:

1. Aufstellungsbeschluss

2. Erlass einer Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht gem. § 25 BauGB im Stadtbezirk Aachen-Mitte für den Bereich Philipsstraße / Lilienthalstraße

Vorlage: FB 61/0543/WP18

Bürgermeister Plum (SPD) würde gerne wissen, wie der Planungsausschuss beschlossen habe. Der Planungsausschuss habe eine Änderung zu der hier bestehenden Vorlage beschlossen, die seiner Meinung nach nicht eingearbeitet sei. Er habe sich gerade nochmal beim Ausschussvorsitzenden erkundigt, weil er nicht einfach loslegen wolle. Gerade der SPD-Fraktion bzw. der Koalition sei es wichtig, dass dort nicht nur eine Steuerung des Einzelhandels stattfände, sondern dass man auch den bestehenden Einzelhandel grundsätzlich unterstützen solle, also, dass dieser sich auch erweitern könne und das sei in dem Beschlussvorschlag bislang nicht aufgeführt.

Die Oberbürgermeisterin hält fest, dass die Möglichkeit bestünde, dies hier zu ändern. Dies sei von der Aussage her einfach und erteilt Ratsherrn Hucke als Ausschussvorsitzender das Wort.

Ratsherr Hucke (Grüne) hält fest, dass dies stimme. Man habe mehrfach jetzt daran gearbeitet, und es sei gesagt worden, dass die Steuerung des Einzelhandels als Beschluss, so wie er jetzt da stünde, nicht ausreichend sei, sondern man wolle die Steuerung des Einzelhandels unter der Wahrung der

Bestandsinteressen des schon bereits vorhandenen Einzelhandels durchführen. Die Frage sei, ob man den Wortlaut heute improvisiert bekomme oder ob man sage, man schiebe das nochmal eine Sitzung. Die Beschlusslage des Planungsausschusses scheine leider nicht in diese Vorlagen eingeflossen zu sein.

Ratsherr Baal (CDU) hält fest, dass er keinen besseren Vorschlag habe, als den Vorschlag von Ratsherrn Hucke. Man wolle hier eine Satzung verabschieden und die brauche Rechtssicherheit. Die Rechtssicherheit sei nicht gegeben, wenn man jetzt quasi aus der Erinnerung die Ergänzung hier vornehmen würde, weshalb er sich dem Vorschlag anschließe, diese Satzung eine Runde drehen zu lassen, dann Ende März erneut vorzulegen, damit der Abwägungsfehler dann behoben werden könne.

Bürgermeister Plum (SPD) bittet darum, dass man das, was im Planungsausschuss für rechtssicher empfunden worden sei, am 22. März 2023, dem Rat der Stadt erneut vorlegen sollte.

Die Oberbürgermeisterin hält fest, dass es keine Fehler gäbe, die man nicht auch wieder beheben könne.

Ratsherr Hucke (Grüne) hält fest, dass er gerade noch eine Alternative habe und zwar, dass man im Allris den Formulierungsvorschlag aus dem Planungsausschuss sehe. Es gehe um den letzten Spiegelstrich und der heiße: „Steuerung des Einzelhandels unter Sicherung der vorhandenen Nahversorgungsbetriebe“. Dies sei der Beschluss, wie er im Planungsausschuss gefasst worden sei. Wenn man diesen Spiegelstrich ändere, dann wäre man wieder präzise und habe den Bezug zum Planungsausschuss hergestellt.

Die Oberbürgermeisterin hält fest, dass sie glaube, keine Begeisterung sehen zu können. Und sie glaube, dass eine Verschiebung um zwei Wochen unschädlich sei. Man gewänne dann eine rechtssichere Entscheidung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen beschließt einstimmig, die Beratung dieses Punktes auf die Ratssitzung am 22.03.2023 zu vertagen.

**zu 7 Bebauungsplan – Radweg „Groß Stück“ – zwischen Krefelder Straße und Grüner Weg;
hier:**

- 1. Aufhebungsbeschluss A 233**
- 2. Aufhebungsbeschluss Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht gem. § 25
BauGB im Stadtbezirk Aachen-Mitte für den Bereich zwischen Finanzamtszentrum, Am
Gut Wolf und ehemaliger Bahntrasse
Vorlage: FB 61/0589/WP18**

Wortmeldungen ergeben sich keine.

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Er beschließt einstimmig die Aufhebung der Satzung zur Ausübung eines besonderen gemeindlichen Vorkaufsrechts gemäß § 25 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB im Planbereich zwischen Finanzamtszentrum, Am Gut Wolf und ehemaliger Bahntrasse im Stadtbezirk Aachen-Mitte.

zu 8 Umbesetzung in Ausschüssen und anderen Gremien:**zu 8.1 Umbesetzungsantrag der Arbeitsgemeinschaft der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege StädteRegion Aachen für den Kinder- und Jugendausschuss**

Vorlage: FB 45/0328/WP18

Wortmeldungen ergeben sich keine.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen beschließt einstimmig die von der Arbeitsgemeinschaft der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege der StädteRegion Aachen mit Schreiben vom 27.01.2023 beantragten Umbesetzungen im Kinder- und Jugendausschuss.

zu 9 Anfragen:**zu 9.1 Ratsanfragen**

Vorlage: FB 01/0345/WP18

Die Oberbürgermeisterin verweist auf drei neue Ratsanfragen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt die nach der Geschäftsordnung fristgerecht eingereichten Ratsanfragen einstimmig zur Kenntnis.

zu 9.2 Stellungnahmen der Verwaltung zu Ratsanfragen

Vorlage: FB 01/0348/WP18

Die Oberbürgermeisterin verweist eine Stellungnahme, die auf den Tischen ausliegt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt die von der Verwaltung vorgelegten Stellungnahmen zu verschiedenen Ratsanfragen einstimmig zur Kenntnis.

zu 10 Ratsanträge

Die Oberbürgermeisterin teilt mit, dass keine Ratsanträge vorliegen.

zu 11 Mitteilungen der Verwaltung

Die Oberbürgermeisterin verweist auf den vor der Sitzung stattgefundenen Austausch mit der Autobahngesellschaft.

zu 12 Entsendung von Delegierten in die Verbandsversammlung des Wasserverbandes Eifel-Rur

Vorlage: FB 20/0151/WP18

Die Oberbürgermeisterin hält fest, dass dies aus der letzten Sitzung übernommen wurde. Hier gebe es eine neue Namensliste, da die AfD auf ihren Sitz verzichtet habe. Die Grüne-Fraktion nominiere nun ergänzend Herrn Dr. Sebastian Breuer.

Beschluss:

1) Der Rat der Stadt Aachen entsendet einstimmig den von der Oberbürgermeisterin bestellten Vertreter in die Verbandsversammlung des Wasserverbandes Eifel-Rur: Herrn Beigeordneten Heiko Thomas.

2) Der Rat der Stadt entsendet einstimmig folgende weitere 19 Personen direkt in die Verbandsversammlung des Wasserverbandes Eifel-Rur:

1. Frau Juli BRINNER (GRÜNE),
2. Herrn Kaj NEUMANN (GRÜNE),
3. Herrn Henning NIEßEN (Grüne),
4. Herrn Wilfried FISCHER (GRÜNE),
5. Frau Elke VOGELSANG (GRÜNE),
6. Herrn Marcus LIEBMANN (GRÜNE),
7. Herrn Dr. Sebastian BREUER (GRÜNE),
8. Herrn Klaus-Dieter JACOBY (CDU),
9. Frau Ute NUßBAUM (CDU),
10. Herrn Holger KIEMES (CDU),
11. Frau Hildegard PITZ (CDU),
12. Herrn Alexander GILSON (CDU),
13. Frau Dr. Heike WOLF (SPD),
14. Herrn Gero SCHUCH (SPD),
15. Herrn Jürgen SCHMITZ (SPD),
16. Frau Barbara STOCKEM (SPD),
17. Herrn Jörg BOGOCZEK (DIE Zukunft),
18. Herrn Peter BLUM (FDP),
19. Herrn Lasse KLOPSTEIN (DIE LINKE).

N i e d e r s c h r i f t
Sitzung des Rates der Stadt Aachen

24. Juli 2023

Sitzungstermin:	Mittwoch, 01.03.2023
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	17:55 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesende:

Oberbürgermeisterin Sibylle Keupen

Bürgermeister Norbert Plum

Bürgermeisterin Hilde Scheidt

Ratsherr Harald Baal

Ratsherr Sebastian Becker

Ratsfrau Ellen Begolli

Ratsfrau Silke Bergs

Ratsherr Marc Beus

Ratsherr Peter Blum

Ratsherr Jörg Bogoczek

Ratsfrau Franca Braun

Ratsfrau Gaby Breuer

Ratsherr Dr. Sebastian Breuer

Ratsfrau Julia Brinner

Ratsfrau Andrea Derichs

Ratsherr Hans Leo Deumens

Ratsherr Birdal Dolan

Ratsherr Mathias Dopatka

Ratsfrau Elke Eschweiler

Ratsherr Achim Ferrari
Ratsherr Wilfried Fischer
Ratsfrau Annika Fohn
Ratsfrau Ulla Griepentrog
Ratsherr Daniel Hecker
Ratsherr Wilhelm Helg
Ratsherr Johannes Hucke
Ratsherr Klaus-Dieter Jacoby
Ratsherr Holger Kiemes
Ratsfrau Nathalie Koentges
Ratsherr Boris Linden
Ratsherr Lars Lübben
Ratsfrau Iris Lürken
Ratsherr Tobias Molitor
Ratsfrau Sigrid Moselage
Ratsherr Kaj Neumann
Ratsherr Henning Nießen
Ratsherr Wolfgang Palm
Ratsfrau Daniela Parting
Ratsherr Hermann Josef Pilgram
Ratsfrau Hildegard Pitz
Ratsherr Carsten Schaadt
Ratsfrau Dr. Margrethe Schmeer
Ratsfrau Karin Schmitt-Promny
Ratsherr Tobias Benedikt Tillmann
Ratsherr Peter Tillmanns
Ratsherr Jakob von Thenen
Ratsfrau Renate Wallraff
Ratsfrau Dr. Heike Wolf
Ratsherr Sebastian Klick
Ratsfrau Doris Kurschilgen
Ratsfrau Dr. Julia Oidtmann
Ratsherr Dirk Szagunn

Abwesende:

Bürgermeister Holger Brantin	entschuldigt
Ratsherr Christoph Allemand	entschuldigt
Ratsherr Markus Mohr	entschuldigt
Ratsherr Michael Servos	entschuldigt
Ratsherr Jöran Stettner	entschuldigt
Ratsfrau Monika Annette Wenzel	entschuldigt
Ratsherr Tjark Zimmer	entschuldigt

Stimmzähler:

Bürgermeisterin Hilde Scheidt und Ratsherr Kaus-Dieter Jacoby

von der Verwaltung:

Frau Stadtdirektorin Grehling	Dezernat II
Herr Beigeordneter Brötz	Dezernat IV
Herr Beigeordneter Dr. Kremer	Dezernat V
Frau Dr. Bacher	Fachbereich Kommunikation und Stadtmarketing
Herr Berg	Fachbereich Bürger*innendialog u. Verwaltungsleitung
Frau Dr. Bollwerk	Fachbereich Recht und Versicherung
Frau Duikers	Fachbereich Bürger*innendialog u. Verwaltungsleitung
Herr Emmerich	Fachbereich Rechnungsprüfung
Frau Hennefeld	Eurogress
Herr Jonek	Dezernat II
Herr Kind	Fachbereich Finanzsteuerung
Frau Milussi	Fachbereich Bürger*innendialog u. Verwaltungsleitung
Herr Schoel	Fachbereich Finanzsteuerung
Frau Wulf	Eurogress
Herr Auler	CDU-Fraktionsgeschäftsstelle,
Frau Opitz	FDP-Fraktionsgeschäftsstelle,
Herr Teuku	DIE Zukunft-Fraktionsgeschäftsstelle
<u>als Schriftführer:</u>	
Herr Konecny	Fachbereich Bürger*innendialog u. Verwaltungsleitung

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Bestellung eines stellvertretenden Schriftführers**
Vorlage: FB 01/0342/WP18

- 3 **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner; auf die Abhaltung der Fragestunde wurde ordnungsgemäß durch Veröffentlichung der Tagesordnung der Sitzung des Rates der Stadt hingewiesen.**

- 4 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt vom 14.12.2022 (öffentlicher Teil)**
Vorlage: FB 01/0349/WP18

- 5 **Bedarfsplanung für die Kindertagesbetreuung in der Stadt Aachen für das KiTa-Jahr 2023/2024**
Vorlage: FB 45/0312/WP18

- 6 **Bebauungsplan - Philipsstraße / Lilienthalstraße -**
hier:
 1. **Aufstellungsbeschluss**
 2. **Erlass einer Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht gem. § 25 BauGB im Stadtbezirk Aachen-Mitte für den Bereich Philipsstraße / Lilienthalstraße****Vorlage: FB 61/0543/WP18**

- 7 **Bebauungsplan – Radweg „Groß Stück“ – zwischen Krefelder Straße und Grüner Weg;**
hier:
 1. **Aufhebungsbeschluss A 233**
 2. **Aufhebungsbeschluss Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht gem. § 25 BauGB im Stadtbezirk Aachen-Mitte für den Bereich zwischen Finanzamtszentrum, Am Gut Wolf und ehemaliger Bahntrasse****Vorlage: FB 61/0589/WP18**

- 8 **Umbesetzung in Ausschüssen und anderen Gremien:**

- 8.1 **Umbesetzungsantrag der Arbeitsgemeinschaft der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege StädteRegion Aachen für den Kinder- und Jugendausschuss**
Vorlage: FB 45/0328/WP18

- 9 **Anfragen:**

- 9.1 **Ratsanfragen**
Vorlage: FB 01/0345/WP18

- 9.2 **Stellungnahmen der Verwaltung zu Ratsanfragen**
Vorlage: FB 01/0348/WP18

- 10 **Ratsanträge**

- 11 **Mitteilungen der Verwaltung**

- 12 **Entsendung von Delegierten in die Verbandsversammlung des Wasserverbandes Eifel-Rur**
Vorlage: FB 20/0151/WP18

Nichtöffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der nichtöffentlichen Sitzung:**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt vom 14.12.2022 (nichtöffentlicher Teil):**
Vorlage: FB 01/0350/WP18

- 3 **Bericht aus der Vertretung der Stadt in Unternehmen und Einrichtungen:**
- 4 **Bürgerschaftsangelegenheiten:**
- 5 **Grundstücksangelegenheiten:**
- 6 **Personalangelegenheiten:**
- 7 **Mitteilungen der Verwaltung:**
- 8 **Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung für den Rat der Stadt Aachen gem. § 60 GO NRW vom 22.02.2023 (erstellt am 21.02.2023): Verzicht Klageerhebung Billigkeitsbescheid Stärkungspakt NRW und Erteilung Verhandlungsmandat
Vorlage: FB 20/0152/WP18**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Oberbürgermeisterin begrüßt die Anwesenden und weist darauf hin, dass TOP 10, Ratsanträge, heute entfallen könne. Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen.

zu 2 Bestellung eines stellvertretenden Schriftführers

Vorlage: FB 01/0342/WP18

Die Oberbürgermeisterin bedankt sich im Namen des Rates der Stadt bei Frau Milussi, die ab dem 15.03.2023 in Elternzeit geht. In dieser Zeit werde Herrn Konecny sie als Schriftführer vertreten.

Beschluss:

Der Rat der Stadt bestellt Herrn Daniel Konecny einstimmig zum stellvertretenden Schriftführer.

zu 3 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner; auf die Abhaltung der Fragestunde wurde ordnungsgemäß durch Veröffentlichung der Tagesordnung der Sitzung des Rates der Stadt hingewiesen.

Frau H. richtet an Ratsherrn Hecker (CDU) die Frage, ob die Möglichkeit bestünde, die Schlaglöcher auf der Reumontstraße, Höhe Schule Reumontstraße in Fahrtrichtung Südstraße, wieder in einem ordnungsgemäßen Zustand zu bringen. Weiterhin stellt Frau H die Zusatzfragen, ebenfalls an Ratsherrn Hecker (CDU) gerichtet, ob Maßnahmen ergriffen werden könnten, um das Verkehrsverhalten an der Schule auf die vorhandene 30er-Zone anzupassen.

Ratsherr Hecker (CDU) bedankt sich für die Frage. Sicher sollte es möglich sein, die Schlaglöcher zu reparieren. Aufgrund der Temperaturen sei dies momentan nicht möglich, dafür müsse es wärmer sein. Zu der in der Zusatzfrage angesprochenen Verkehrsberuhigung verweist er auf den Beschluss des Mobilitätsausschusses im letzten Jahr, wonach Schulen Anträge für Geschwindigkeitsmesstafeln stellen können. Seinem Kenntnisstand nach hätten vielen Schulen diese beantragt und er hoffe, dass diese im Laufe dieses Jahres dort aufgehängt werden können. Ratsherr Hecker (CDU) sagt zu, an der Angelegenheit dranzubleiben. Frau H. werde eine schriftliche Antwort erhalten.

Frau H. richtet an die Grüne-Fraktion die Frage, ob sie nach den heute neu gewonnenen Erkenntnissen einen Eilantrag zur Kündigung des Auftritts von Daniele Ganser im Eurogress in Erwägung ziehe und so Städten wie Nürnberg und Dortmund folgen wolle, die sich klar und parteiübergreifend positioniert hätten.

Ratsfrau Brinner (Grüne) bedankt sich für die Frage und hält fest, dass ihre Fraktion grundsätzlich die Positionen von Daniele Ganser ganz klar ablehne. Diese seien antisemitisch, dies seien Verschwörungstheorien, das sei pseudowissenschaftlich. Ihre Fraktion stelle sich ganz klar auf die Seite der Demokratinnen und Demokraten, die auch gerade vor der Tür demonstrierten. Man könne allerdings so eine Veranstaltung in Deutschland nicht generell verbieten. Das gebiete die Meinungsfreiheit. Einer solchen Veranstaltung sollte aber keine städtische Bühne geboten werden. Wenn man es nochmal machen könnte, hätte man die Veranstaltung von Anfang an nicht zugelassen. Jetzt sei es aber so, dass die Veranstaltung gebucht worden sei und der Eurogress eine Zusage erteilt habe und die Frage sei, wie man damit umgehe. Leider sei es nicht gelungen, dazu im Vorhinein einen Konsens zu finden und sich mit allen Fraktionen gemeinsam auf eine Absage zu einigen, was sie persönlich sehr schade finde

Frau H. richtet ihre Anfrage an die CDU Fraktion und möchte wissen, ob die Äußerungen von Herrn Daniele Ganser noch als freie Meinungsäußerung gelten würden oder eine Verhöhnung von 6 Mio. ermordeten Juden sei.

Ratsfrau Lürken (CDU) bedankt sich für die Frage. Das Problem an dieser Stelle sei, dass Meinung immer subjektiv sei. Meinung könne nie wahr oder unwahr sein, sondern Meinung sei eine persönliche Ansicht eines Einzelnen und deshalb sei diese Meinung auch geschützt, egal ob sie wertvoll oder wertlos, ob sie begründet oder unbegründet, ob sie rational sei oder emotional. Meinung sei immer geschützt und alle die hier im Rat sitzen, hätten sich verpflichtet, die Verfassung und Gesetze zu achten und zu

bewahren, zu schützen. Als Rat müsse man es auch ertragen und aushalten, dass Meinungen geäußert werden, die man ablehne. Dieser Rat sei nicht dafür geboren, diese Meinung zu verbieten. Dies machten das Bundesverfassungsgericht und die allgemeinen Gesetze. Was man brauche sei, dass aufgestanden werde, dass sich dagegen ausgesprochen und auch gekämpft werde, denn nur so könnten solche menschenunwürdigen, unsäglichen Meinungen auch bekämpft werden. Die Beschäftigung mit den Thesen von Herrn Ganser habe sie als Zumutung empfunden. Dies lesen zu müssen, bringe Jeden an seine Grenzen. Hier im Ratssaal stünden alle demokratischen Parteien gegen jede Form von Extremismus, gegen Rechtsextremismus, Volksverhetzung, gegen eine Verharmlosung des Holocaust und auch gegen Verschwörungstheorien. Aber die Frage sei nun, ob man die Veranstaltung absagen könne. Die Ordnungsdezernentin, Frau Stadtdirektorin Grehling, habe dazu eine Einschätzung gegeben, wonach man den geschlossenen Vertrag nicht einseitig lösen könne. Würden wir dennoch so einen Beschluss fassen, müsste die Oberbürgermeisterin ihn beanstanden. Die Äußerungen von Herrn Ganser seien furchtbar. Aber gleichwohl könne sie nicht verhindern, dass jemand 37,40 € ausgibt, um sich das anzuhören. Sie hoffe aber, dass genügend Personen da seien, die aufstehen und sagen, dass diese Äußerungen von Herrn Ganser echter Mist sind. Dies könne sie sagen, weil das von der Meinungsfreiheit gedeckt sei.

Frau S. richtet ihre Frage an die Verwaltung und fragt, wann das erste Mal der Vertrag von Herrn Ganser geprüft worden sei.

Frau Stadtdirektorin Grehling führt aus, dass dies Anfang des Jahres aufgeschlagen sei. Es sei allen lieber, wenn diese Veranstaltung nicht stattfinden würde. Dies ändere aber nichts daran, dass sie als Rechtsdezernentin nicht empfehlen könne, einen Vertrag zu brechen. Es hätte zwei verschiedene Anläufe gegeben, weil auch coronabedingt Veranstaltungen ausgefallen seien und dann nochmal eine neue Anfrage mit der entsprechenden Wertung. Beim Rechtsamt komme dies natürlich erst später an, dies verstehe sich von selber, als dann die entsprechenden Irritationen da waren.

Frau S. fragt in einer Rückfrage nach, ob es zwei voneinander unabhängige Anmeldung gegeben habe.

Frau Stadtdirektorin Grehling antwortet, dass es nach ihrem Kenntnisstand zwei Anfragen gegeben habe, mit der entsprechenden Nachbewertung.

Herr Sch. richtet seine Frage an die CDU-Fraktion und fragt, ob es regionale Teile der CDU gebe, die die Einschätzung der Aachener CDU teilen, weil sie sich dagegen ausgesprochen haben und für den Vertragsbruch. Weiterhin wird die Frage gestellt, ob die CDU-Fraktion in Aachen das verurteilte, was unter anderem in Dortmund und Nürnberg seitens der CDU gemacht worden sei.

Ratsfrau Lürken (CDU) hält fest, dass Nachfragen immer gut seien. Welche Vorgänge in Dortmund, welche Vorgänge in Kiel waren, könne sie nicht mitteilen. Ihr ginge es um Aachen und da sei die Entscheidungskompetenz hier im Stadtrat gegeben. Sie führt aus, dass Herr Sch. das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts aus dem Januar letzten Jahres kenne. Das sei eindeutig.

Herr K. richtet seine Frage an Ratsfrau Lürken (CDU) und möchte wissen, warum sich die CDU in die Diffamierungskampagne gegen Herrn Ganser, die von dem linken Lager käme, hineinziehen lasse, wenn man doch offensichtlich teilweise in der Lage sei, selbstständig zu denken.

Ratsfrau Lürken (CDU) antwortet, dass Jeder sein eigenes Gedankengut habe und wünscht Herrn K. an dieser Stelle gute Besserung.

**zu 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt vom 14.12.2022
(öffentlicher Teil)**

Vorlage: FB 01/0349/WP18

Wortmeldungen ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt genehmigt mit einer Enthaltung einstimmig die Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 14.12.2022 (öffentlicher Teil).

**zu 5 Bedarfsplanung für die Kindertagesbetreuung in der Stadt Aachen für das KiTa-Jahr
2023/2024**

Vorlage: FB 45/0312/WP18

Ratsfrau Schmitt-Promny (Grüne) hält fest, dass sie die Vorlage der Verwaltung zu diesem Tagesordnungspunkt sehr gut finde. Sie gäbe allgemein einen guten Überblick über die Fragestellungen, die mit dem Kindertagesstättenbedarfsplan anstünden. Die Grüne-Fraktion sei mit dem ganzen Bericht und der gesamten Vorlage einverstanden. Man könne aber nicht verhehlen, dass darin auch Teile vorhanden seien, über die man nicht glücklich sein könne und zwar die Tatsache, dass Karlini in Eilendorf eine U3-Gruppe schließen solle, da sie eine Betriebskita sei. Ihre Fraktion wisse, dass die Verwaltung sich sehr stark bemüht habe, aber sie fände, dass man dran bleiben solle. Man sei sich bewusst, dass noch Plätze im Ü3-Bereich fehlten, durch fehlende Rahmenbedingungen und fehlendes Fachpersonal.

Ratsherr Bogczek (Die Zukunft) dankt der Verwaltung und weist darauf hin, dass bei der Ü3- und U3-Betreuung, die prozentualen Quoten gesunken seien und dass dies im nächsten Jahr wieder erreicht würde. Er weist ferner auf die Kindertagespflege bei der U3 hin, welche als systemrelevant angesehen werde, auch im Hinblick auf den Fachkräftemangel.

Ratsherr Tillmanns (CDU) hält fest, dass die Vorlage inhaltlich gut und auch richtig dargestellt sei, wenngleich die Zahlen, die man habe, nicht gut seien. Man erlebe eine Stagnation und auch zum ersten Mal im Ü3-Bereich eine Situation, zu der gesagt werden könne, die Versorgung sei nicht ausreichend. Dies habe nichts mit der Politik, nichts mit einer schlechten Arbeit der Verwaltung zu tun. Dies habe auch nichts mit falschen Entscheidungen zu tun, die in den letzten Jahren getroffen wurden. Es sei der Situation geschuldet, die so sei, wie sie ist. Alle suchten unter dem Stichwort des Fachkräftemangels in den letzten Monaten nach Lösungen. Dies sei ein ganz schweres Geschäft und man werde in diesem Jahr Eltern vor den Kopf stoßen und um Verständnis bitten müssen, für eine Situation, in der nicht jedes Kind einen Platz fände. Es sei wichtig, dies einmal zu sagen und gleichwohl hätten alle die Hoffnung, dass die Situation in den nächsten Jahren besser würde.

Ratsherr Tillmann (SPD) dankt den Vorrednerinnen und Vorrednern sowie der Verwaltung. Selbstverständlich werde man der Bedarfsplanung zustimmen, aber man könne nicht mit allem zufrieden sein. Rat und Ausschuss hätten noch Hausaufgaben zu bearbeiten: Der Fachkräftemangel, die Corona-Folgen, die fehlenden oder jetzt noch anstehenden, ausstehenden Neubauten, natürlich auch die Sicherstellung einer Qualität der Betreuung. Dies seien alles große Aufgaben und die müsse man jetzt gemeinsam mit dem Land etc. angehen. Nichtsdestotrotz sei es eine sehr gute Vorlage, eine sehr gute Planung und dementsprechend werde die SPD-Fraktion dem natürlich auch zustimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen beschließt mit einer Enthaltung einstimmig

1. die vorgelegte Bedarfsplanung für die Kindertagesbetreuung 2023/2024 und des damit verbundenen Platzangebotes für ü3-Kinder im Umfang von 6.303 Plätzen und für U3-Kinder im Umfang von 2.206 Plätzen in KiBiz-geförderten Kindertageseinrichtungen,
2. zur Abdeckung unvorhergesehener Bedarfe die Anmeldung einer „Not-KiTa“ zur Landesförderung mit insgesamt 100 Plätzen (60 in Gruppenform III c und 40 in Gruppenform I c) in Trägerschaft eines „anderen Trägers“, sowie
3. ein Angebot von 700 Betreuungsplätzen in Kindertagespflege.

zu 6 Bebauungsplan - Philipsstraße / Lilienthalstraße -

hier:

1. Aufstellungsbeschluss

2. Erlass einer Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht gem. § 25 BauGB im Stadtbezirk Aachen-Mitte für den Bereich Philipsstraße / Lilienthalstraße

Vorlage: FB 61/0543/WP18

Bürgermeister Plum (SPD) würde gerne wissen, wie der Planungsausschuss beschlossen habe. Der Planungsausschuss habe eine Änderung zu der hier bestehenden Vorlage beschlossen, die seiner Meinung nach nicht eingearbeitet sei. Er habe sich gerade nochmal beim Ausschussvorsitzenden erkundigt, weil er nicht einfach loslegen wolle. Gerade der SPD-Fraktion bzw. der Koalition sei es wichtig, dass dort nicht nur eine Steuerung des Einzelhandels stattfände, sondern dass man auch den bestehenden Einzelhandel grundsätzlich unterstützen solle, also, dass dieser sich auch erweitern könne und das sei in dem Beschlussvorschlag bislang nicht aufgeführt.

Die Oberbürgermeisterin hält fest, dass die Möglichkeit bestünde, dies hier zu ändern. Dies sei von der Aussage her einfach und erteilt Ratsherrn Hucke als Ausschussvorsitzender das Wort.

Ratsherr Hucke (Grüne) hält fest, dass dies stimme. Man habe mehrfach jetzt daran gearbeitet, und es sei gesagt worden, dass die Steuerung des Einzelhandels als Beschluss, so wie er jetzt da stünde, nicht ausreichend sei, sondern man wolle die Steuerung des Einzelhandels unter der Wahrung der

Bestandsinteressen des schon bereits vorhandenen Einzelhandels durchführen. Die Frage sei, ob man den Wortlaut heute improvisiert bekomme oder ob man sage, man schiebe das nochmal eine Sitzung. Die Beschlusslage des Planungsausschusses scheine leider nicht in diese Vorlagen eingeflossen zu sein.

Ratsherr Baal (CDU) hält fest, dass er keinen besseren Vorschlag habe, als den Vorschlag von Ratsherrn Hucke. Man wolle hier eine Satzung verabschieden und die brauche Rechtssicherheit. Die Rechtssicherheit sei nicht gegeben, wenn man jetzt quasi aus der Erinnerung die Ergänzung hier vornehmen würde, weshalb er sich dem Vorschlag anschließe, diese Satzung eine Runde drehen zu lassen, dann Ende März erneut vorzulegen, damit der Abwägungsfehler dann behoben werden könne.

Bürgermeister Plum (SPD) bittet darum, dass man das, was im Planungsausschuss für rechtssicher empfunden worden sei, am 22. März 2023, dem Rat der Stadt erneut vorlegen sollte.

Die Oberbürgermeisterin hält fest, dass es keine Fehler gäbe, die man nicht auch wieder beheben könne.

Ratsherr Hucke (Grüne) hält fest, dass er gerade noch eine Alternative habe und zwar, dass man im Allris den Formulierungsvorschlag aus dem Planungsausschuss sehe. Es gehe um den letzten Spiegelstrich und der heiße: „Steuerung des Einzelhandels unter Sicherung der vorhandenen Nahversorgungsbetriebe“. Dies sei der Beschluss, wie er im Planungsausschuss gefasst worden sei. Wenn man diesen Spiegelstrich ändere, dann wäre man wieder präzise und habe den Bezug zum Planungsausschuss hergestellt.

Die Oberbürgermeisterin hält fest, dass sie glaube, keine Begeisterung sehen zu können. Und sie glaube, dass eine Verschiebung um zwei Wochen unschädlich sei. Man gewänne dann eine rechtssichere Entscheidung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen beschließt einstimmig, die Beratung dieses Punktes auf die Ratssitzung am 22.03.2023 zu vertagen.

**zu 7 Bebauungsplan – Radweg „Groß Stück“ – zwischen Krefelder Straße und Grüner Weg;
hier:**

- 1. Aufhebungsbeschluss A 233**
- 2. Aufhebungsbeschluss Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht gem. § 25
BauGB im Stadtbezirk Aachen-Mitte für den Bereich zwischen Finanzamtszentrum, Am
Gut Wolf und ehemaliger Bahntrasse
Vorlage: FB 61/0589/WP18**

Wortmeldungen ergeben sich keine.

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Er beschließt einstimmig die Aufhebung der Satzung zur Ausübung eines besonderen gemeindlichen Vorkaufsrechts gemäß § 25 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB im Planbereich zwischen Finanzamtszentrum, Am Gut Wolf und ehemaliger Bahntrasse im Stadtbezirk Aachen-Mitte.

zu 8 Umbesetzung in Ausschüssen und anderen Gremien:**zu 8.1 Umbesetzungsantrag der Arbeitsgemeinschaft der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege StädteRegion Aachen für den Kinder- und Jugendausschuss**

Vorlage: FB 45/0328/WP18

Wortmeldungen ergeben sich keine.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen beschließt einstimmig die von der Arbeitsgemeinschaft der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege der StädteRegion Aachen mit Schreiben vom 27.01.2023 beantragten Umbesetzungen im Kinder- und Jugendausschuss.

zu 9 Anfragen:**zu 9.1 Ratsanfragen**

Vorlage: FB 01/0345/WP18

Die Oberbürgermeisterin verweist auf drei neue Ratsanfragen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt die nach der Geschäftsordnung fristgerecht eingereichten Ratsanfragen einstimmig zur Kenntnis.

zu 9.2 Stellungnahmen der Verwaltung zu Ratsanfragen

Vorlage: FB 01/0348/WP18

Die Oberbürgermeisterin verweist eine Stellungnahme, die auf den Tischen ausliegt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt die von der Verwaltung vorgelegten Stellungnahmen zu verschiedenen Ratsanfragen einstimmig zur Kenntnis.

zu 10 Ratsanträge

Die Oberbürgermeisterin teilt mit, dass keine Ratsanträge vorliegen.

zu 11 Mitteilungen der Verwaltung

Die Oberbürgermeisterin verweist auf den vor der Sitzung stattgefundenen Austausch mit der Autobahngesellschaft.

zu 12 Entsendung von Delegierten in die Verbandsversammlung des Wasserverbandes Eifel-Rur

Vorlage: FB 20/0151/WP18

Die Oberbürgermeisterin hält fest, dass dies aus der letzten Sitzung übernommen wurde. Hier gebe es eine neue Namensliste, da die AfD auf ihren Sitz verzichtet habe. Die Grüne-Fraktion nominiere nun ergänzend Herrn Dr. Sebastian Breuer.

Beschluss:

1) Der Rat der Stadt Aachen entsendet einstimmig den von der Oberbürgermeisterin bestellten Vertreter in die Verbandsversammlung des Wasserverbandes Eifel-Rur: Herrn Beigeordneten Heiko Thomas.

2) Der Rat der Stadt entsendet einstimmig folgende weitere 19 Personen direkt in die Verbandsversammlung des Wasserverbandes Eifel-Rur:

1. Frau Juli BRINNER (GRÜNE),
2. Herrn Kaj NEUMANN (GRÜNE),
3. Herrn Henning NIEßEN (Grüne),
4. Herrn Wilfried FISCHER (GRÜNE),
5. Frau Elke VOGELSANG (GRÜNE),
6. Herrn Marcus LIEBMANN (GRÜNE),
7. Herrn Dr. Sebastian BREUER (GRÜNE),
8. Herrn Klaus-Dieter JACOBY (CDU),
9. Frau Ute NUßBAUM (CDU),
10. Herrn Holger KIEMES (CDU),
11. Frau Hildegard PITZ (CDU),
12. Herrn Alexander GILSON (CDU),
13. Frau Dr. Heike WOLF (SPD),
14. Herrn Gero SCHUCH (SPD),
15. Herrn Jürgen SCHMITZ (SPD),
16. Frau Barbara STOCKEM (SPD),
17. Herrn Jörg BOGOCZEK (DIE Zukunft),
18. Herrn Peter BLUM (FDP),
19. Herrn Lasse KLOPSTEIN (DIE LINKE).